

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0730/2022**
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
 Datum: 15.03.2022

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
 Aktenzeichen/Telefon: - AI -/1032
 Verfasser/-in: Johannes Rippl, Fraktion Gigg+Volt

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:
Beschleunigter Ausbau von Photovoltaikanlagen auf und an kommunalen Gebäuden
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 14.03.2022 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung erkennt die Notwendigkeit an, den Ausbau erneuerbarer Energien auch auf dem Stadtgebiet Gießen drastisch zu beschleunigen und fordert daher den Magistrat auf:

(1) Die von der THM in Zusammenarbeit mit den SWG erstellte Studie zur Eignung der kommunalen Gebäude für Photovoltaikanlagen zeitnah zu veröffentlichen und im Rahmen einer PBUV-Ausschusssitzung im ersten Halbjahr 2022 vorzustellen.

(2) In der unter (1) genannten Ausschusssitzung auch offenzulegen, welche Gebäude im kommunalen Besitz, einschließlich derer von kommunalen Betrieben, bereits durch das Hochbauamt auf die Möglichkeit zur Installation von Photovoltaikanlagen auf Dächern und an Fassaden geprüft wurden und mit welchem Ergebnis. Negative Befunde sollen dabei nachvollziehbar begründet werden und positive Befunde mit einem klaren Ausblick versehen werden, wann die PV-Anlagen voraussichtlich ausgeschrieben und installiert werden und in welcher Größenordnung sich diese bewegen.

(3) In der Sitzung des PBUV-Ausschusses im Juni 2022 Wege aufzuzeigen, wie der Überprüfungsprozess optimiert bzw. beschleunigt werden kann, um bis Ende Q1 2023 alle kommunalen Dächer und Fassaden auf PV-Eignung überprüft und alle dafür geeigneten Dächer bis Ende des Jahres 2023 ausgeschrieben zu haben.

Begründung:

Angesichts der aktuellen Ereignisse kommt dem Ausbau der erneuerbaren Energien neben der bekannten klimapolitischen Relevanz auch eine hohe sicherheitspolitische

Bedeutung zu, um Deutschland schnell unabhängig von fossilen Energieträgern zu machen. Die Stadt hat mit ihren zahlreichen Gebäuden großes Potential zur Errichtung von Photovoltaikdach- und -fassadenanlagen, welches aktuell jedoch nur sehr langsam gehoben wird. Dies ist unter anderem der personellen Situation in der Verwaltung geschuldet. Der Magistrat wird daher aufgefordert, Wege aufzuzeigen, wie dieser Flaschenhals schnellstmöglich aufgelöst werden kann und welche Mittel die Stadtverordnetenversammlung dafür bereitstellen muss.

Johannes Rippl